

Volks-Zeitung

Die Matrosenerschießungen.

Der Reichspräsident greift ein.

In den in der heutigen Morgenausgabe noch einmal behandelten Geschießungen von Angehörigen der Volksmarine in der Französischen Straße teilen die „Vol. Parlam. Nachrichten“ mit: Die verschiedenen Gerichte über die Geschießungen von Matrosen in der Französischen Straße haben den Reichspräsidenten veranlaßt, beim Reichswehrminister vorzutreten, um eine sofortige Untersuchung der geschehenen Verbrechen zu veranlassen. Seitens des Reichswehrministers wurde die gerichtliche Untersuchung angeordnet. Diese selbst ist auch bereits eingeleitet worden.

Der Kriegsminister vorm Preußenhaus.

Die heutige Sitzung der Landesversammlung.

In der heutigen Sitzung der preussischen Landesversammlung gaben der Ministerpräsident Hirsch und Kriegsminister Reinhard Aufklärungen über die von den Unabhängigen gerügten Vorgänge beim Berliner Bürgerkrieg, die wohl tadeln abfinden von den völlig ungenügenden Rechtfertigungsversuchen des Justizministers Seine am Freitag, Ministerpräsident Hirsch versuchte die Verführung der Presse über die angeblichen Hintersberger Geschießungen damit zu erklären, daß das Kommando der Schutzmannschaft die Nachricht in gutem Glauben weitergegeben habe, ohne sich deswegen mit dem Ministerium des Innern zu verständigen. Die Aufregung des Kampfes habe ziemlich übertriebene Veranschaulichungen zu stellen. Im übrigen berichtete Hirsch über eine ganze Reihe von Fällen, in denen von Spartacistischen Polizeibeamten in grauer Uniform gequält und fortwährend mit Erschießung bedroht worden seien. Kriegsminister Reinhard ergänzte diese Ausführungen und teilte mit, daß die Verluste an Toten und Verwundeten bis zum 13. abends allein bei einer Division von vierzig Offizieren und achtzehn Mann betragen habe. Seit Freitag habe der Moskische Schmelzwerk keine Opfer mehr gefordert, weil seit diesem Tage die Waffenabgabe überall kampfstill erfolgt sei.

Die Angaben des Kriegsministers über die außerordentlich große Zahl der den Auffständigen abgenommenen Waffen wurden von den Unabhängigen durch laute Zwischenrufe als unzutreffend hingestellt. Der Kriegsminister gab zu, daß bei den Freiwilligenverbänden es vielfach an der nötigen Disziplin und Manneszucht noch fehle. Er betraute es als seine Aufgabe, hier bessernd zu wirken. Einiges Kopfschütteln erregte es bei den Mehrheitsparteien, daß Kriegsminister Reinhard ohne zwingenden Grund sich verpflichtet fühlte, die Delegation Wilhelm's II. nach Holland zu entsenden und geradezu als einen Akt der Menschenliebe des früheren Kaisers zu preisen. Während der Reden von Hirsch und Reinhard gab es wiederholt stürmische Unterbrechungen seitens der Unabhängigen, die den Präsidenten zum Einschreiten nötigten.

Nach Reinhard nahm der Berliner Mehrheitssozialist Siegel das Wort, um einen Antrag zu begründen, der die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission wegen der Berliner Vorgänge verlangt. Ein vom Zentrum eingegangener Zusatzantrag will die Tätigkeit dieser Kommission auch auf die Unterdrückung der Unruhen im übrigen Deutschland ausdehnen.

v. Beerfelde protektiert.

Sauptmann v. Beerfelde, von dem es in einer Zeitungsmitteilung des Freikorps Hülse hieß, daß er als Abteilungscommandeur der Spartacisten im Berliner Kien mitgewirkt habe, erklärt jetzt, daß diese wahrnehmbare Behauptung jedweder tatsächlichen Grundlage entbehre. Das Freikorps Hülse wird sich zu dieser Angelegenheit jetzt etwas genauer äußern müssen. Mit einer Note, daß Beerfelde's Mittäterschaft „eimanndfrei festgestellt“ sei, ist die Sache nicht abgetan. Uebrigens hatte der „Vorwärts“ von sich aus die Nachricht schon von vornherein für unglaubwürdig erklärt, wofür er bestimmte Beweise haben wollte, ohne jedoch näheren Aufschluß darüber zu geben. Es wäre gut, wenn auch er jetzt mit der Sprache herausräme.

Die Richtlinien für die Beamtenauschüsse.

Wie die „Vol. Inf.“ hören, dürften die demnächst erscheinenden Richtlinien für die Beamtenauschüsse, die an Stelle der jetzigen Beamtenträte treten werden, vorsehen, daß je nach der Zahl der Beamten 5 bis 15 Mitglieder bei den Behörden als Ausschüsse gewählt werden müssen. Als Beamtengattungen, die Ausschüsse wählen, werden anerkannt: die höheren Beamten, die Bureaubeamten, die Kanzlei-Beamten und die übrigen Beamten mit und ohne fachmäßige Vorbildung. Diese verschiedenen Beamtengattungen müssen in den einzelnen Beamtenauschießen entsprechend ihrer Mitgliederzahl vertreten sein. Wähler und wahlberechtigt sind alle angestellten Beamten beiderlei Geschlechts, wenn sie das 20. Lebensjahr vollendet haben. Zu den Befugnissen der Ausschüsse gehören gutachtliche Äußerungen über die allgemeinen Dienstangelegenheiten und Vertretung der Interessen der Beamten bei den Behörden sowie eine vermittelnde Tätigkeit. Die neuen Richtlinien beziehen sich nur auf Staatsbeamte.

Scheidemanns Antwort an Ludendorff. Ministerpräsident Scheidemann läßt im „Vorwärts“ folgende Erklärung ver-

öffentlichen: „Aus der Presse erhebe ich, daß der General Ludendorff am 13. März wieder einen Brief an mich geschrieben haben soll. Er scheint also die Handhabung der Propaganda immer noch — wie einst im Kriege — zu betreiben. Eine nochmalige Antwort meinerseits erübrigt sich, nachdem ich dem Herrn General bereits am 5. März mitgeteilt habe, daß die Regierung demnächst eine Sammlung von Dokumenten herausgibt, durch die die Haltung des Herrn Ludendorff vollkommen klargelegt werden wird.“

Die Forderungen der Ruhrbergleute.

Um die Verkürzung der Schichtzeit.

Bochum, 17. März.

Hier fand gestern eine vom alten Bergarbeiterverband einberufene Konferenz zur Besprechung aller im Vordergrund stehenden Bergarbeiterfragen unter Leitung des Abgeordneten Sasse statt. Die Versammlung war von allen Seiten des Ruhrgebietes mit Ausnahme des besetzten Gebietes von Mörns besetzt. Eine längere Debatte entspann sich über die Verkürzung der Schichtzeit. Obwohl Abgeordneter Sasse im Auftrag des Arbeitsministers Bauer dringend bat, jetzt von einer Schichtverkürzung mit Rücksicht auf die Notlage unseres Vaterlandes Abstand zu nehmen, gelangte einstimmig ein Antrag zur Annahme, der verlangt, daß ab 1. April dieses Jahres die **sebeneinhalbstündige**, ab 1. Januar 1920 die **siebenstündige** und ab 1. Januar 1921 die **sechsstündige** Arbeitszeit einzuführen sei. Die Einführung der sechsstündigen Arbeitszeit ist für die Schichtverkürzung nicht zum 1. April, **dann würden die Bergleute freieren**. In die Reichsregierung wurde ein Telegramm geschickt, in dem unter anderem bis zur gelegentlichen Regelung der Steiger, Kohler-, Betriebs- und Bezirksräte alleseitige Anerkennung dieser Räte gefordert wird. In der Schaffung von Bezirks-, Landes- und Reichsräten, der Verstaatlichung des Kohlenyndikats und in der Errichtung eines Sachverständigenbeirats für die Kohlenwirtschaft erblickt die Konferenz den ersten Schritt zur **Sozialisierung des Bergbaues**. Sie fordert daher alsbaldige Einsetzung dieser Körperchaften.

Bochum, 17. März.

Die Streikbewegung der Zechen, Metall- und Uebertragungsarbeiter bei der Deutschluzenburger Bergwerks- und Hütten A. G. ist beendet, nachdem die Direktion die Forderungen der Streikenden angenommen hat. Die Bergleute sind heute morgen zum erstenmal wieder angefahren. Die elektrische Zentrale auf der Zeche Brinzingen, die 17 umliegende Zechen und Werke mit Kraft versorgt, ist bereits wieder in Betrieb. Auch die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn hat ihren Betrieb wieder aufgenommen.

Jönn aus Spartacusa.

„Präsident aus Gewehr!“ — „Augen rechts!“

Von einem Düsseldorf'ser Freund unseres Blattes wird uns aus der Zeit der Spartacus-Gerricht folgende wahre Geschichte berichtet, die auch sich auch unsere Leser ergötzen werden, obwohl es schon mehrere Tage zurückliegt:

„Ein kleines Jönn, welches ich gestern in Oberhausen erlachte, ist zu schön, um es Ihnen vorzuenthalten. Mit einem schönen Marschlied, gespielt von Trommeln und Weibern, zog eine Kompanie Spartacus (zirka 80 Bewaffnete und 80 Unbewaffnete) mit ihrem Herrn Jönn daher. Vor dem Rathaus wurde Halt gemacht. Energetische Kommandos ertönten. Wöhlisch hieß es: „Das Gewehr über!“, „Präsident das Gewehr!“ Und unter „Augen rechts“ wurde eine rote Fahne aus dem Rathaus gehraht.“

Und auch der Schluss des Briefes soll nicht vorenthalten werden: „Während bekanntlich in unserer Armee schon ein Jahr vor der Revolution der Präsenztanz abgelehrt wurde, wird hier diese Unsitte aus friedfertiger Zeit aufgeführt. Man besteht unter diesem Gesichtspunkt vielleicht besser das Zusammengehen der Deutschenationalen mit den Ultraradikalen in der Nationalversammlung.“

Die Freiwilligenanwerbung in Bayern.

München, 17. März. (Z. U.)

In mehreren Versammlungen wurde mitgeteilt, daß Oberst v. Epp, der frühere Kommandeur des Leibregiments in der Rhein, heute für ein Freiwilligenkorps sammelt. In der gestrigen Tagung der oberbayerischen Arbeiterräte wurde gegen solche weiße Garde protestiert und die Bildung eines revolutionären Grenzschutzes gegen reaktionäre Truppen von außen her gefordert.

Lirpik in Bedrängnis. Nach Mitteilungen, die das italienische Große Hauptquartier erhalten hat und die es an die römischen Blätter weitergibt, soll Großadmiral v. Lirpik, der sich zurzeit in Wildegg in der Schweiz aufhält, in einer sehr kritischen finanziellen Lage sein. Es heißt, sein Sohn habe eine Anstellung in einer Züricher Bank und seine Tochter eine Stellung als Gouvernante in einer bürgerlichen Familie annehmen müssen. Diese Lage habe ihren Grund darin, daß der Admiral im Jahre 1918, um die Einkommenssteuer zu umgehen (H), größere Teile seines Vermögens in ausländischen Banken niedergelegt und ausgebeutete Güter in Argentinien erworben habe. Dieser ganze Besitz ist natürlich konfiszieren worden — Abgesehen davon, daß die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Meldung den römischen Blättern überlassen werden muß, wäre es gewiß keine Schande, wenn die Kinder des ehemaligen Großadmirals arbeiten müßten wie andere gewöhnliche Sterbliche auch.

„Demonstrationen“ inairo. Nach einer Reutersmeldung ausairo demonstrieren am 10. und 11. März Volksmengen vor der britischen Residenz und den Kasernen. Vierhundert Demonstranten wurden verhaftet. Das Militär stellte die Ordnung wieder her. Die Verluste sind sehr gering. —

„Demonstrationen“ mit „sehr geringen Verlusten“ — die offiziellen Meldungen haben doch überall den gleichen Klang!

Die Lebensmittel.

Endlich sollen sie kommen, die heißersehnten ausländischen Lebensmittel. Schon sind die ersten Zufuhren im „Anrollen“, wie der geschmackvolle Handelsausdruck lautet. Es wurde auch Zeit. Wir bedürfen vor allem dringendst einer ganz erheblichen Erhöhung der Fettration. Wir werden jedoch durchaus nicht alles, was jetzt kommt, gleich verteilen dürfen; erhebliche Mengen müssen eingelagert werden als Rücklage für die Monate vor der neuen Ernte, für die wir überhaupt keine Vorräte haben.

Nebrigens dürfen wir uns nicht einbilden, daß die Mengen, deren Zufuhr die Entente uns gestattet hat, nun so ohne weiteres angeflutet kommen wie die berühmten gebratenen Lenden. Wir müssen sie vielmehr sehr, sehr teuer bezahlen. Das Geld dazu haben wir aber durchaus nicht, und wenn wir die enormen Summen nur bezahlen, wenn wir Waren in großen Mengen ausführen und unsere so entstehenden Forderungen an das Ausland als Zahlungsmittel benutzen. Waren ausführen können wir aber nur, wenn wir Waren herstellen. Darum gilt es heute mehr als jemals: Arbeiten und Waren produzieren. Jede hergestellte Ware bedeutet heute ein Quantum Lebensmittel. Wir werden zu essen haben, so weit wir produzieren, exportieren, und auf diese Weise bezahlen. Was wir an Arbeit unterlassen, rächt sich an unserem Magen. Keiner liefert uns ohne Gegenwert. So liegen die Dinge, und so werden sie auch nach dem endgültigen Friedensschluß liegen.

Eine Klausel des Vertrages besagt, daß die ausländischen Lebensmittel nicht an Personen verabfolgt werden dürfen, die durch eigene Schuld ohne Arbeit sind. Durch diese Klausel will die Entente auf das Streikfieber in Deutschland einwirken. Dieser Druck der Entente ist natürlich nicht zu billigen, muß aber, nach dem einmal geschlossenen Vertrag, respektiert werden.

Die Organisation der Verteilung.

Eine rein deutsche Angelegenheit.

In der Erwartung der Veltieferung von Lebensmitteln seitens der Entente für den Monat April und Mai hat die Reichsregierung die in Frage kommenden Dienststellen (Reichs Ernährungsamt und Verteilungsstellen) angewiesen, Verteilungspläne für das Reich aufzustellen. Die Einfuhr der Lebensmittel soll über Bremen und Hamburg erfolgen, die weitere Anfuhr nach den einzelnen Distrikten Deutschlands soll sowohl auf dem Schienenwege als auch auf dem Wasserwege erfolgen. Zu diesem Zwecke soll beantragt werden, die Küsten-schiffahrt in Nordsee und Ostsee freizugeben. Die von einigen Blättern verbreitete Nachricht, daß amerikanische Truppen die Lebensmittelverteilung kontrollieren werden, trifft nicht zu. Die Verteilung der von Deutschland gelauteten Lebensmittel bleibt eine rein deutsche Angelegenheit.

Wilson gegen den Diktatfrieden.

Lugano, 17. März. (Z. U.)

Nach einer Meldung der Züriner „Stampa“ aus Paris hat Wilson auf der Pariser Konferenz energisch Einspruch gegen eine Vergewaltigung Deutschlands erhoben. Er erklärte, nicht zugeben zu können, daß Deutschland Bedingungen auferlegt werden, die einen solchen Wiederaufschwung seiner Produktionsfähigkeit unmöglich machen.

Befreiung Lettlands?

Riga, 17. März.

Die Pressestelle Sibau meldet im Kronenbericht vom 16. März: Groß-Blieden und Friedriehsberg wurden besetzt.

Die von den Bolschewisten in Richtung Schloß abgeführten über hundert Zivilgefangenen aus Talsen und Tuckum wurden durch Kavallerie sämtlich befreit.

In der Operation zur Befreiung Lettlands voraussichtlich eintretendes Verlangsamung ist durch die schwierigen Nachschubverhältnisse, insbesondere durch die Einschränkung der Seetransporte von deutschen Eisbahnen nach Sibau und ferner dadurch, daß noch viele örtliche Bolschewistenbanden im Rücken der vorgehenden Truppen ihre Lawesen freiben, veranlaßt.

Eine Abwehr der Gefahr des drohenden Bolschewisten-einsfalls ist selbstverständlich geboten und muß mit allen Mitteln gefordert werden. Eine Befreiung Lettlands gehört nicht zu unseren militärischen Aufgaben.

Berlin sollte bombardiert werden. Der „Matin“ berichtet, daß die Veruche englischer und amerikanischer Techniker, die Explosionsgefahr für Lenkluftschiffe zu vermeiden, zu einem Erfolge durch Anwendung von Heliumgas an Stelle von Wasserstoff geführt haben. Bisher war Helium sehr selten, man hat aber in Amerika neue heliumhaltige Quellen entdeckt, so daß dies Gas jetzt nur noch den zwanzigtausendsten Teil des Vorkriegspreises kostet. Da Helium völlig unverbrennlich ist, können jetzt die Motore im Innern des Ballons eingebaut und dieser zur Erzielung größerer Auftriebskraft geheizt werden. Mit diesen Luftschiffen sollte angeblich Berlin bombardiert werden, was durch die Unterzeichnung des Waffenstillstandes verhindert worden ist.

„Unsere Gießpflanzen.“ Aus Mainz wird uns berichtet: Gelegentlich der Schulfeier einer höheren Mädchenschule wird auch das — ausschließlich aus Damen bestehende — Lehrkollegium im Refektorium photographiert. Als die Bilder fertig sind, ergibt sich, zum Schrecken der Vorsteherin und zum Jubel aller Schülerinnen, daß über den Köpfen der Damen eine an der Wand befindliche Tabelle mit auf das Bild gekommen ist, auf welcher in großen Buchstaben zu lesen ist: „Unsere Gießpflanzen.“